

Der Ukrainekrieg

Der Weg in den Krieg, eingetretene und drohende Konsequenzen und mögliche Schritte zu seiner Beendigung

Joachim Guilliard

Manuskript des Vortrags auf einer Veranstaltung am 30. Juli 2022 der IPPNW und dem Regionales Friedensbündnis in Villingen

Inhalt

Zeitenwende?	1
Schwierige Debatte	2
Der Weg in den Krieg	3
Nato-Mitgliedschaft	5
„Messer am Hals“	6
Russische Vertragsvorschläge vom Dez.	7
Eindringliche Warnungen	7
Offensive im Donbass	8
Letzter Versuch	8
Neue Blockbildung	10
Wege aus dem Krieg	12
Lösungsansätze	12
Westliche Blockade, Setzen auf „Sieg“	14

Das Thema, über das ich heute reden soll ist sehr umfangreich, ich kann daher vieles nur sehr knapp skizzieren. Der erste Teil orientiert sich stark an einem im Juni veröffentlichten Positionspapier des Bundesausschuss Friedensratschlag, einem bundesweiten Zusammenschluss von Friedensgruppen und -initiativen, an dem ich mitgearbeitet habe.¹

Über Ursachen und Hintergründe des russischen Einmarschs in der Ukraine und der Reaktion des Westens darauf zu reden, ist heutzutage keine einfache Aufgabe, begibt man sich doch damit schnell auf politisch vermintes Gelände. Und das Thema ist wie jeder mitbekommen hat emotional sehr stark aufgeladen.

Dies ist nicht unverständlich. Der Krieg in der Ukraine ist, wie die anderen zuvor, eine gewaltige Katastrophe – für Betroffene, aber auch dramatischen Auswirkungen auf Europa und die ganze Welt. Er ist ein brutaler Rückschlag für alle, die sich für friedliche Lösungen im Konflikt des Westens und der Ukraine mit Russland engagiert haben.

Keine Frage: Russland hat damit eine Zäsur in seinen Beziehungen zum Westen vollzogen – die NATO-Staaten halten mit militärischer Unterstützung für die Ukraine und einem umfassenden Wirtschaftskrieg dagegen.

Zeitenwende?

Der Krieg, so fürchterlich er ist, ist für sich genommen aber dennoch keine Zeitenwende und wenn unser Ministerpräsident meint, wir seien „in einer neuen Zeit aufgewacht“, so hat er die

¹ [Hintergründe und Lösungsperspektiven des Ukraine-Krieges](#), Positionspapier des Bundesausschusses Friedensratschlag – Juni 2022

Kriege der letzten 20-30 Jahre offenbar verschlafen. Es waren verheerende völkerrechtswidrige Kriege der USA und ihrer Verbündeten, d.h. genau der Staaten, die nun, den russischen Völkerrechtsbruch so hart wie nur möglich bestrafen wollen.

Bezieht man aber die Reaktionen des Westens, die in schneller Serie erfolgten, mit ein, so erscheint der Begriff Zeitenwende nicht mehr übertrieben. Mit der Waffenlieferung an die Ukraine sind die NATO-Staaten faktisch in den Krieg eingetreten und weiten ihre Beteiligung immer mehr aus – auch Deutschland. Zu den deutschen Panzern, die bereits nach 77 Jahren wieder auf russische Truppen und ostukrainische Städte und Dörfer feuern, sollen u.a. weitere 100 Haubitzen hinzukommen.

Es ist ein Krieg, der im Unterschied zu den anderen der letzten Jahre die Gefahr der Ausweitung, hin zu einer nicht mehr kontrollierbaren Eskalation birgt, bei der sich Atommächte gegenüber stehen. Er ist verbunden mit einem beispiellosen Wirtschaftskrieg des Westens gegen Russland, der auf eine völlige wirtschaftliche Entkopplung abzielt, mit gravierenden Auswirkungen, nicht nur auf Europa sondern auf die ganze Welt, in den armen Ländern drohen Hungersnöte.

Angesichts dessen – und natürlich auch mit Blick auf die ukrainische Bevölkerung – sollte es keinen Zweifel daran geben, dass das absolut wichtigste im Moment sein muss, diesen Krieg so schnell wie möglich zu stoppen – und das kann nur über Verhandlungen gehen. Das sollte zumindest auch den europäischen Regierungen klar sein. Sieht man von der italienischen Regierung ab, ist ein Wille dazu nicht zu erkennen.

Entsprechende Forderungen, die auch hierzulande lauter werden, werden von westlichen Regierungen mit der Behauptung abgebügelt, aktuell wären Verhandlungen mit Moskau aussichtslos. Zuerst müsse die Ukraine in die Lage versetzt werden, die russischen Truppen zurückzuschlagen. Darauf wie realistisch ist, werde ich später noch eingehen. Klar ist, dass jeder weitere Tag Krieg, weitere Opfer und Zerstörung bedeutet. Und dass Verhandlungen durchaus aussichtsreich sein können, sah man in den Verhandlungen im März, wo sich Moskau und Kiew schon nahe gekommen waren und aktuell im Abkommen über die Ausfuhr von Getreide und Dünger aus der Ukraine, das unter Vermittlung der türkischen Regierung zustande kam.

Schwierige Debatte

Für eine Debatte darüber, wie Ansätze für Verhandlungen über einen raschen Waffenstillstand sowie eine stabile Friedenslösung aussehen müssten, muss man sich die Ursachen des Krieges und die Interessen der Beteiligten genauer ansehen.

Wobei: Ursachen, Gründen für einen Krieg darlegen heißt selbstverständlich nicht, ihn zu rechtfertigen.

Die Friedensbewegung lehnt Krieg als Mittel der Politik selbstverständlich grundsätzlich ab. Wir haben uns stets entschieden dafür eingesetzt, Krieg als Mittel der Politik zu verhindern, auch bei dem Konflikt zwischen NATO, Ukraine und Russland. Der russische Einmarsch in die Ukraine ist daher ein bitterer Rückschlag für alle, die sich für Entspannung engagiert haben. Als Bürger eines NATO-Staates müssen wir aber vor allem schauen, in welchem Maße Deutschland, die USA und die übrigen NATO-Partner mitverantwortlich sind und ob dieser Krieg in Europa nicht hätte verhindert werden können und verhindert werden müssen. Schließlich ergeben sich daraus Schlüsse und Forderungen für die zukünftige Politik unseres Landes.

Eine öffentliche Auseinandersetzung darüber ist, wie gesagt, schwierig. Denn nach herrschendem Narrativ hat der Krieg, der seit 24. Feb. in der Ukraine tobt, keine Ursachen, keine Vorgeschichte. Es herrscht, wenn man an frühere Debatten zum Konflikt mit Russland denkt,

diesbzgl. geradezu eine Amnesie. Wer darauf hinweist, dass es doch an Warnungen namhafter westlicher Experten, Diplomaten und Militärs, die konfrontative Politik der NATO gegen Russland werde in einem Krieg enden, wahrlich nicht gefehlt hat, ist schnell dem Vorwurf ausgesetzt, man verbreite Moskaus Propaganda. Nichts von dem würde jetzt mehr gelten.

Tatsächlich habe der russische Angriff, der als völlig unprovokiert dargestellt wird, die Positionen aller als gefährlich naiv widerlegt, die Rücksicht auf russische Sicherheitsinteressen verlangt hatten. Nach dieser verqueren Logik widerlegt der Eintritt des Falles, vor dem gewarnt wurde, die Warnung. Doch nur so können uns die westlichen Politiker und Medien die unterstellten russischen Kriegsmotive verkaufen. Da es für den Einmarsch keine äußeren Gründe gebe, so wird uns erzählt, könnten die Motive nur in Putins Größenwahn, seinem Streben nach Wiederherstellung des früheren russischen Imperiums und ähnlichem liegen. Ein weiterer Grund soll die Furcht der russischen Führung vor Demokratie und europäischen Werten in ihrer Nachbarschaft liegen – und das ausgerechnet in der Ukraine, deren innenpolitische Verhältnisse zuvor auch von der EU sehr kritisch gesehen wurden. Ziel Putins sei die völlige Unterwerfung wenn nicht Vernichtung der gesamten Ukraine, danach drohe möglicherweise sogar ein Feldzug gegen die anderen osteuropäischen Staaten. Und niemand in den Mainstreammedien scheint der Widerspruch bewusst zu sein, wenn die russische Armee einerseits als eine so mächtige Bedrohung dargestellt wird, andererseits aber die Lieferung schwerer Waffen an die ukrainische Truppen damit gerechtfertigt wird, diese könnten mit den alten NATO-Panzer die Russen zurückschlagen. Alle von Moskau vorgebrachten Gründe und Ziele werden einfach beiseite gewischt.

Der Weg in den Krieg

Wer die Politik der USA und der NATO der letzten 30 Jahren nicht verdrängt hat, kommt bzgl. Kriegsgründe zu anderen Schlüssen. Denn der Krieg hat eine Vorgeschichte. Sie beginnt mit der Ausweitung der NATO ab den 1990er Jahren – entgegen den Versprechen westlicher Regierungen, das Militärbündnis würde „keinen Zoll nach Osten“ ausgeweitet werden. Da gut belegt, wird dies nur noch von Hartgesottene geleugnet. Man wischt es aber zur Seite, es seien halt Umbruchszeiten gewesen in denen man erstmal gut Wetter machen wollte. Obwohl mündlich, handelte es sich aber durchaus um verbindliche Zusagen und die sowjetische Seite hat sie als verbindlich gewertet, sonst hätte es u.a. keinen so schnellen Anschluss der DDR, keinen 2+4 Vertrag gegeben.

Aber unabhängig davon, hätten zumindest die europ. NATO-Mitglieder eigentlich aus eigenem Interesse an den Plänen eines Systems gemeinsamer Sicherheit und kontrollierter Abrüstung, einem "gemeinsamen Haus Europa" festhalten müssen, die Anfang der 90er Jahre populär waren.² Stattdessen schlossen sie sich Washingtons Kurs einer Ostexpansion und forcierten Frontstellung gegen Russland an, der all diese schönen Ansätze beerdigte.

Zudem wurden nicht nur die mündlichen Zusagen gebrochen, auch schriftliche Vereinbarungen. So z.B. das Anpassungsabkommen zum Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE)³

² Sehr gut sehen, welcher Geist zum Ende des Kalten Krieges herrschte, bzw. den führenden Politikern als opportunistisch erschien, kann man in der „[Gemeinsame Erklärung von Bundeskanzler Kohl und Generalsekretär Gorbatschow](#)“ vom 13.6.1989

³ Mit dem multilateralen Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) von 1990 verpflichteten sich die Mitgliedstaaten der Nato und des damaligen Warschauer Paktes, ein militärisches Gleichgewicht auf niedrigerem Niveau herzustellen und die kollektiven Fähigkeiten zu einem regionalen Überraschungsangriff oder zur großangelegten Aggression zu eliminieren. Bis 1996 wurden fast 60.000 Großwaffensysteme abgebaut. Damit waren die Reduzierungsverpflichtungen bereits weitgehend erfüllt. Die Hauptlast trug dabei wiederum Russland, gefolgt von Deutschland. ([Ukraine im Nato-Russland-Spannungsfeld](#) – SWP, 11.02.2022)

Dieses war im Hinblick auf die Aufnahme der ersten ehem. WP-Staaten 1997 zur Beruhigung Moskaus geschlossen worden und hätte trotz der absprachenwidrigen Ostexpansion durchaus noch als Eckpfeiler europäischer Sicherheitsstruktur dienen können – in Richtung (Werner Ruf) auf eine neue Verteidigungsstruktur der strukturellen Angriffsunfähigkeit. Wurde von Russland 2004 ratifiziert, aber da die USA es blockierten, nicht von den NATO-Staaten

Darüber welche Ziele Washington mit seiner Politik gegen Russland verfolgt, müssen wir nicht spekulieren, sie wurden und werden in den USA offen diskutiert.

Die von den USA damit verfolgte Strategie wurde 1992 in den Verteidigungsrichtlinien des Pentagons („Defense Planning Guidance“) so zusammengefasst: „Jede in Frage kommende feindliche Macht müsse daran gehindert werden, in einer Region dominant zu werden, die für unsere Interessen von ausschlaggebender Bedeutung ist.“ Die Art und Weise wie diese Groß-Strategie von den unterschiedlichen Regierungen verfolgt wurde unterschied sich zwar, sie blieb aber Bestandteil aller nachfolgenden Strategiepapiere und richtet sich nun verstärkt auch gegen China.

Erklärtes, zentrales Ziel – und auch eine wesentl. Funktion der NATO dabei – war stets ein engeres Zusammengehen von Russland mit dem restl. Europa, insbes. D. zu verhindern. Sehr klar beschrieben hat dies der einflussreiche US-Stratege Zbigniew Brzezinski in seiner Abhandlung aus dem Jahr 1997 „Die einzige Weltmacht“ („The Grand Chessboard: American Primacy and Its Geostrategic Imperatives.“). Eine Schlüsselrolle kam für ihn damals schon der Kontrolle der Ukraine zu. Könne diese ins US-dominierte Lager geholt werden, würde Russland aufhören „ein Reich zu sein“.⁴

Mittlerweile sind im westlichen Militärbündnis fast alle europäischen Staaten vereint. Russland und seinen wenigen Verbündeten stehen nun insgesamt 30 Länder gegenüber, einige in direkter Nachbarschaft. Immer mehr NATO-Truppen sind in ehemaligen Sowjetrepubliken stationiert, viele unweit der russischen Grenzen.

Politiker und Medien hierzulande behaupten dennoch, die NATO sei keine Bedrohung. Mit ihren Kriegen gegen Jugoslawien, Afghanistan, Irak und Libyen, unterstrichen die USA und ihre Partner aber, dass sie keine Hemmungen haben, sich in der Verfolgung ihrer geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen auch über UN-Charta und Völkerrecht hinwegzusetzen. 1999 machte die NATO militärische Interventionen ohne UN-Mandat sogar zum festen Bestandteil ihres strategischen Konzepts.

Um sich ein Bild zu machen, was sich aus russischer Sicht in den letzte Jahren zusammenbraute, ein paar Stichpunkte:

Seit 2014 hat die NATO ihre Kriegsübungen in Europa massiv verstärkt. Mittlerweile hält sie etwa 300 Manöver im Jahr ab. Besonders gewaltig sind die bekannten „Defender“-Manöver, sowie auch „Cold Response“ im hohen Norden Norwegens – in unmittelbarer Nähe zu den Häfen, wo die russischen Nordflotte liegt, die die russische nukleare Zweitschlagskapazität sichern soll. Das letzte Cold-Response-Manöver fand Mitte März statt, mit 30.000 NATO-Soldaten, d.h. inmitten des Krieges in der Ukraine.⁵

[[Dauerhaft waren bereits 24.400 NATO-Soldaten im Baltikum und in Polen]]

Dass die USA und ihre NATO-Partner Russland militärisch haushoch überlegen sind, versteht sich von selbst. Zusammen haben sie rund viermal so viele Truppen wie Russland und eine

⁴ Jörg Kronauer , [Weltpolitik wider den Westen](#), jW, 07.04.2022

⁵ [Exercise Cold Response 2022 – NATO and partner forces face the freeze in Norway](#), NATO, 25 Mar. 2022

ähnliche Überlegenheit bei konventionellen Waffen.⁶ Nur bei Atomwaffen herrscht ungefähr Parität. Indem sie ein Vielfaches fürs Militär ausgeben wird die konventionelle Überlegenheit stetig ausgebaut. Letztes Jahr betragen ihre Militärausgaben bereits das 18-fache des russischen Militäretats.

Schon 2002 traten die USA aus dem ABM-Vertrag zur Begrenzung von Raketenabwehrsystemen aus. 2016 stellten sie in Bulgarien und 2018 in Polen Raketenabwehrsysteme auf, die auch als Abschussrampen für Angriffsraketen dienen können. Aus russischer Sicht verstoßen sie daher gegen den INF-Vertrag über das Verbot nuklearer Mittelstreckenwaffen in Europa. Der wurde 2019 von Präsident Donald Trump prompt gekündigt. Seither haben die USA auch die Entwicklung moderner Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite bis 5500 Km forciert. Die ersten sollen ab 2023 in Europa stationiert werden.

Als besonders gefährlich unter den neuen Waffen gilt die Hyperschall-Rakete „Dark Eagle“, eine Waffe, die für Enthauptungsschläge auf gegnerische Kommandostrukturen konzipiert ist, und aufgrund der geringen Vorwarnzeit, die sie dem Gegner lässt, kaum noch abzufangen sein soll (Reichweite 2775 km, 12fache Schallgeschwindigkeit).

Nato-Mitgliedschaft

Nun rechtfertigt Moskau den Einmarsch ja vor allem mit der großen Bedrohung, die von der Ukraine ausgehe. Was ist da dran?

Diese sieht Moskau in erster Linie darin, dass das Nachbarland, mit dem Russland historisch und wirtschaftlich eng verbunden ist, NATO-Mitglied wird.

Die NATO hat ihre Mitgliedschaft 2008 auf die Agenda gesetzt. Brisant wurde dies mit dem Putsch 2014, durch den die Ukraine endgültig unter westliche Dominanz gebracht wurde und extrem nationalistische, russophobe bis faschistische Kräfte dominierenden Einfluss gewannen. -> sowohl ideologisch als auch praktisch auf der Straße, in den Sicherheitskräften und den Institutionen.

Der Staatsstreich stieß in Teilen der Bevölkerung auf erheblichen Widerstand, vor allem bei der russisch-sprachigen. Dieser richtete sich nicht nur gegen Rechtsruck, Nationalismus und Diskriminierung, sondern auch um die zuvor umstrittene Ausrichtung der Wirtschaft nach Westen, die Assoziation mit der EU, die die vollständig auf die Zusammenarbeit mit Russland ausgerichtete Wirtschaft in der Ostukraine und der davon abhängigen Bevölkerung schwer zu schaden drohte.

Als Reaktion auf den Putsch spaltete sich die Krim nach einem Referendum ab und schloss sich Russland an. Das verlief ohne Blutvergießen, da die dort stationierten russischen Truppen ein Eingreifen der Kiew unterstützten Kräfte dort verhinderten. Die russischen Truppen waren aufgrund eines Stationierungsabkommens auf der Krim und nicht etwa überfallartig einmarschiert, wie oft suggeriert wird. Im Westen wurde der Anschluss der Krim dennoch als völkerrechtswidrige Annexion gewertet und mit einer Serie von Wirtschaftsblockaden und anderen eigenmächtigen – gleichfalls völkerrechtswidrigen – Zwangsmaßnahmen geahndet. Inwieweit der Anschluss der Halbinsel, die erst 1954 durch einen Erlass Chruschtschows zur Ukraine gekommen war, tatsächlich gegen internationales Recht verstieß, ist jedoch unter Völkerrechtlern – nicht zuletzt mit Blick auf die Abspaltung des Kosovo von Serbien – durch-

⁶ Anatol Lieven, [So sieht das militärische Gleichgewicht zwischen Russland und Nato aus](#), Telepolis, 21. Juli 2022

aus umstritten.⁷ Das hier verbreitete Bild einer gewaltsamen Annexion jedoch ist offensichtlich verzerrt und dient dazu, die scharfe Sanktions- und Konfrontationspolitik zu rechtfertigen.

Wichtiger als die Klärung der rechtlichen Seite, finde ich, mit Blick auf die betroffenen Menschen, die praktische. Immerhin konnte so auf der Krim eine Gewaltexplosion wie im Süden und Osten der Ukraine verhindert werden. Denn in den anderen, überwiegend russischsprachigen Provinzen eskalierten bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen separatistischen Kräften und Regierungstruppen sowie rechtsradikalen, faschistischen Milizen, in einen regelrechten Bürgerkrieg. Zwischen Kiew und den „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk dauerte dieser bis zum russischen Einmarsch an – ungeachtet des Minsk II Abkommen, das neben einem Waffenstillstand vor allem die Ausarbeitung einer weitgehenden Autonomie für diese Provinzen vorsah. Kiew machte jedoch keine Anstalten, die – durch eine UN-Sicherheitsresolution völkerrechtlich verbindliche – Verpflichtung umzusetzen.

Der gewaltsame Umsturz in Kiew machte den Weg für die vollständige Integration in den Westen. Die Neutralität wurde aus der Verfassung getilgt und die NATO forcierte die Integration der ukrainischen Streitkräfte in die NATO-Strukturen. Die Ukraine ist seither faktisch schon voll auf dem Weg in das Militärbündnis.⁸ Die USA haben allein bis 2021 über 3 Milliarden Dollar für Ausrüstung und Ausbildung der ukrainischen Streitkräfte ausgegeben. In Manövern wurde die Zusammenarbeit der ukrainischen Armee mit der NATO schon intensiv geübt.

2019 schrieb die Ukraine das Ziel Nato-Beitritt in die Verfassung, im März letztes Jahr wurde er auch Bestandteil ihrer Militärdoktrin.

„Messer am Hals“

Im Grunde war allen Seiten klar, dass ein Nato-Beitritt der Ukraine für Russland eine rote Linie bedeutet – und dies unabhängig davon, wer in Moskau regiert. Sind aus russischer Sicht bereits die NATO-Truppen im Baltikum bedrohlich, von wo aus St. Petersburg schon mit Kurzstreckenraketen erreicht werden kann, so würde die NATO durch einen Beitritt der Ukraine an eine weitere, 2000 Km lange direkte Grenze zu Russland vorrücken. Die Vorwarnzeit für Enthauptungsschläge auf russische Zentren könnte durch dort stationierten Mittelstreckenraketen auf wenige Minuten sinken, während die USA sich in 10.000 Kilometer Entfernung vom Kriegsgeschehen sicher vor ähnlichen Angriffen fühlen kann.

Da die Gefahr eines überraschenden Schlags auf Russland durch eine NATO-Mitgliedschaft drastisch zunehmen würde, ist sie, wie Wladimir Putin am 21. Feb. in seiner Rede an die Nation noch mal eindringlich betonte, für Moskau eine Frage von existentieller Bedeutung. Schließlich sei bekanntlich, so Putin, in den Dokumenten der strategischen Planung der USA ein „Präventivschlag“ auf Raketensysteme des Gegners vorgesehen – und es sei klar, wen sie als Gegner sehen. Die Ukraine solle offensichtlich dabei „als vorgeschobene Aufmarschbasis für einen solchen Schlag dienen“. Von ukrainischen Flugplätzen könnten taktische NATO-Kampffjets mit ihren hochpräzisen Waffen weit auf russisches Territorium eindringen. Mit dort stationierten Mittelstrecken-Raketen könnten die USA jedes Ziel auf dem gesamten europäischen Territorium Russlands und noch hinter dem Ural treffen. Die Flugzeit der Tomahawk-Marschflugkörper nach Moskau betrage, so Putin in besagter Rede, weniger als 35 Mi-

⁷ Reinhard Merkel sieht dies differenzierter, der Anschluss selbst war kein Verstoß gegen Völkerrecht, aber teilweise das Vorgehen: [Die Krim und das Völkerrecht : Kühle Ironie der Geschichte](#), FAZ, 08.04.2014

⁸ NZZ 15.3.22, Zum Erfolg der Armee trägt auch der Oberbefehlshaber bei

nuten, von ballistischen Raketen aus dem Raum Charkow 7 bis 8 Minuten und für die Hyper-schall-Raketen 4 bis 5 Minuten. Das bezeichne man, so Putin, als „das Messer am Hals“

Die Sorgen erscheinen durchaus nachvollziehbar. Aus Sicht des Führers einer Großmacht geht dabei nicht nur um die Gefahr eines Großangriffs auf Russland, sondern dass sie durch die militärische Bedrohung erpressbar und im Handlungsspielraum eingeschränkt wird. Das Verständnis für diese Bedrohungssicht heißt nicht, sie auch als Kriegsgrund zu akzeptieren. Die offizielle NATO-Mitgliedschaft stand ja noch nicht auf der Tagesordnung und auch nicht die Stationierung von NATO-Bombern oder Raketen. Allerdings musste Moskau seine Chancen immer mehr sinken sehen, die bedrohliche Entwicklung noch aufzuhalten zu können.

Russische Vertragsvorschläge vom Dez.

Die russische Regierung hatte im Dezember ja einen letzten Versuch unternommen, die Bedrohungslage durch Vereinbarungen mit den USA und der NATO zu entspannen. Sie hatte dazu zwei Vertragsentwürfe nach Washington und Brüssel gesandt. Dies enthielten fünf Kernforderungen

- Verzicht der NATO auf eine weitere Expansion nach Osten und auch auf Manöver in Nicht-Mitgliedstaaten, also u.a. in der Ukraine, im Südkaukasus und Zentralasien.
- Rückzug von westl. NATO-Truppen aus den nach 1997 aufgenommenen Mitgliedsländern entsprechend der NATO- Russland Grundakte von 1997 [*über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit*]
- Festlegung einer entmilitarisierten Zone auf beiden Seite der Grenze [, in denen keine Manöver mit mehr als einer Brigade durchgeführt werden dürfen.]
- Keine Stationierung von Kurz- und Mittelstreckenraketen in Europa
- Und schließlich Verbot der Stationierung von Atomwaffen außerhalb des eigenen Territoriums, ein Passus, der sich auch gegen die „Nukleare Teilhabe“ in Deutschland, den Niederlanden, Belgien, Italien und der Türkei richtet, wo insgesamt etwa 100 Atombomben lagern, mit denen Ziele in Russland angegriffen werden können.

Im Grunde alles Forderungen, die aus friedenspolitischer Sicht unterstützenswert sind. Sie wurden aber von den USA und der NATO Anfang Februar brüsk und ohne jegliche Diskussion darüber abgelehnt. Die russische Regierung kündigte daraufhin in ihrer Antwort vom 17. Februar an, dass wenn nicht doch noch bald Gespräche aufgenommen würden, Russland sich genötigt sehe, „auch mit militär-technischen Maßnahmen“ zu reagieren, d.h. auch mit Krieg.

Eindringliche Warnungen

Davor dass Moskau es sich nicht ewig bieten lassen kann, dass die NATO Russland immer mehr auf die Pelle rückt, haben – wie schon gesagt – auch viele führende westliche Außenpolitiker schon früh und eindringlich gewarnt. Bereits 2008 bezeichnete z.B. der damalige US-Botschafter und heutige CIA-Direktor Bill Burns den „NATO-Beitritt der Ukraine“ als „die schrillste aller roten Linien für Russland.“ Er „kenne niemanden, der darin etwas anderes sehen würde, als eine unmittelbare Bedrohung russischer Interessen.“ [[2015 mahnte Henry Kissinger eindringlich, doch die Politik „Russland zu brechen“ nicht weiter zu verfolgen, sondern wieder eine Verständigung zu suchen, die Russlands Sicherheitsinteressen anerkenne.⁹]]

⁹ Henry Kissinger warns West to not alienate Russia

Anfang Dezember veröffentlichten eine Reihe deutscher Generäle, Botschafter und Friedensforscher [darunter General a.D. Klaus Naumann, Brigadegeneral a.D. Armin Staigis, Prof. Johannes Varwick] einen dringlichen Appell: Kein Krieg wegen Ukraine! Raus aus der Eskalationsspirale! Für einen Neuanfang im Verhältnis zu Russland! Sie drängten darauf, die gerade von Moskau vorgelegten, mit der Warnung vor roten Linien versehenen Vertragsvorschläge, ernsthaft zu prüfen und berechnete Forderungen anzuerkennen.

Auch wenn im Februar wenig durchsickerte, so nahm man die Warnung vor den „militär-technischen Maßnahmen“ in den westl. Hauptstädten durchaus ernst, und konnte wohl aus internen Geheimdienstberichten auch absehen, dass ein militärisches Vorgehen Russlands unmittelbar drohte.

Noch hätte man den Krieg verhindern können. Tatsächlich sah es Anfang Februar auch kurzzeitig nach Entspannung aus. Die Rede war plötzlich von einer Reaktivierung von Minsk II, der ukrainische Präsident, Selenskij, deutete entsprechende Gesetzesvorhaben an. Auch ein längeres Moratorium der NATO-Mitgliedschaft war im Gespräch.

Offensive im Donbass

Doch da begann die Realität sich schon entscheidend zu ändern. Ab 15. nahmen die Angriffe der ukrainischen Truppen nach OSZE-Angaben auf die selbsterklärten „Volksrepubliken“ im Donbass massiv zu.

Krieg herrscht hier, wie schon gesagt seit 2014. Entgegen der Waffenstillstandsabkommen von Minsk griffen die ukrainische Armee und rechts-radikale Milizen immer wieder die abtrünnigen Gebiete an. Über 14.000 Menschen starben in den Kämpfen, wobei die meisten Toten auf Seiten der Donbas-Republiken zu beklagen sind – ein Faktum, das hierzulande meist ignoriert wird. Aus Sicht der Leute dort, hat der Krieg nicht am 24.3. begonnen, sondern wurde nur nach Westen ausgeweitet.

Ein Jahr zuvor (24.März) hatte Selenski bereits per Dekret Vorbereitungen angeordnet, die Krim und die abtrünnigen Donbassgebiete mit militärischen Mitteln zurückzuerobern – eine offene Abkehr vom Minsker Abkommen. Dass dies von Washington und auch Berlin und Paris, die sich eigentlich für die Umsetzung des Minsker Abkommen verantwortlich erklärt hatten, akzeptiert wurde, konnte von Kiew nur als Ermunterung verstanden werden, wahrscheinlich wurden sie von Washington sogar gedrängt.

Alles deutet darauf hin, dass Kiew tatsächlich Mitte Februar die Rückeroberung starten wollte. Die ukrainische Armee hatte bereits ihre Hauptstreitmacht im westlichen Donbass konzentriert. Laut FAZ (3.3) waren hier, und nicht etwa an den Grenzen zu Russland, 40% der Armee und 70% der Feuerkraft konzentriert. Durch den russischen Einmarsch wurden sie blockiert und halb eingekesselt.

Letzter Versuch

Auf der „Münchener Sicherheitskonferenz“, am 19. Feb. wischten Selenski und US-Außenminister Blinken schließlich auch alle Entspannungsansätze vom Tisch, die kurzzeitig kursierten, und heizten die konfrontative Stimmung wieder mächtig an. Der ukrainische Präsident verlangte mehr Waffen, pochte auf unverzügliche NATO-Mitgliedschaft und drohte sogar mit der Aufgabe des Atomwaffenverzichts. Bundeskanzler Scholz und der französische Präsident haben einem Artikel der Wall Street Journal zufolge an diesem Wochenende noch einen letzten Versuch unternommen, den drohenden russischen Einmarsch abzuwenden.

Scholz drängte Selenskij in München, auf einen NATO-Beitritt zu verzichten und die Neutralität der Ukraine zu erklären, als Teil eines umfassenderen europäischen Sicherheitspakts zwischen dem Westen und Russland. Dieser Pakt, in dem die USA und Russland, gemeinsam mit weiteren Staaten, die Sicherheit der Ukraine garantiert hätten, hätte umgehend von Putin und Biden unterzeichnet werden sollen. Macron hatte sich ins Zeug gelegt und für den 21. Februar ein Gipfelgespräch mit Biden und Putin vereinbaren können. Doch Selenskij lehnte den Vorschlag ab.¹⁰

Moskau erkannte am selben Tag die »Volksrepubliken« im Donbass diplomatisch an, drei Tage später begann die russische Armee ihre Offensive in der Ukraine.

Angesichts der offenbar bevorstehenden Offensive ukrainischer Truppen gegen die Donbass-Republiken kann von einem „völlig unprovokierten“ Angriff Russlands sicher nicht gesprochen werden. Die russische Führung wollte ihr damit zuvorkommen und – da dann ohnehin mit heftigen Reaktionen des Westens zu rechnen war – gleich Nägel mit Köpfen machen.

Doch auch wenn man die russischen Sorgen als berechtigt ansieht, so ist der Einmarsch in die Ukraine dennoch ein Verstoß gegen das Völkerrecht. Dieses gestattet keine Präventivschläge, sondern nur die militärische Gegenwehr eines Staates gegen einen stattfindenden oder wirklich unmittelbar bevorstehenden Angriff auf das eigene Territorium. Auch die Berufung auf die „Beistandsverpflichtung“ gegenüber den Donbass-Republiken, dessen Unabhängigkeit Moskau selbst erst 3 Tage zuvor anerkannt hatte – als einziger Staat, ist selbstverständlich noch keine Legitimation. Hier hätte allein der UN-Sicherheitsrat eingreifen können.

Das Völkerrecht ist in solchen Situationen allerdings eine sehr stumpfe Waffe. Denn an sich verstieß ja bereits die massive Beteiligung am Putsch 2014 eklatant gegen das Völkerrecht, das ein striktes Nichteinmischungsverbot enthält, und auch die Versuche Kiews die abtrünnigen Donbass-Gebiete mit Gewalt zurückzuerobern.

Wenn Moskau auch eindeutig die Schuld eines völkerrechtswidrigen Krieges auf sich nahm, so tragen die NATO-Staaten die hauptsächliche Verantwortung für die Eskalation, die ihn provozierte. (So klipp und klar auch der führende US-Politologe John J. Mearsheimer.¹¹)

Die Bemühungen von Scholz, Macron und einigen anderen europäischen Regierungschefs, den drohenden Krieg noch zu verhindern, blieben letztlich viel zu zaghaft und halbherzig – für effektive Verhandlungen hatte ihnen Washington schlicht keinerlei Spielraum gelassen. Denn Zugeständnisse hätten ja nicht nur von Kiew kommen können, sondern viel mehr noch von der NATO, beispielsweise ein Moratorium für einen möglichen Beitritt der Ukraine von 15 – 20 Jahren. [[Medien haben die russischen Sorgen vor einem NATO-Beitritt gerne auch mit dem Verweis heruntergespielt, westl. Regierungsvertreter hätten doch immer wieder erklärt, diese stehe in absehbarer Zeit nicht auf der Agenda – warum hat man dies Moskau nicht für einen längeren Zeitraum garantiert.]¹²

Offensichtlich sahen aber die Falken in Washington, London und anderen NATO-Hauptstädten überhaupt keinen Grund für ein Entgegenkommen. Witterten sie doch die Chance, im Falle eines Krieges den weltpolitischen Rivalen niederwerfen zu können. Wagt die russische Führung eine militärische Aktion, so ihr Kalkül, haben wir sie in der Falle, schreckt

¹⁰ Vladimir Putin's 20-Year March to War in Ukraine—and How the West Mishandled It. Wall Street Journal, 1.4.2022, s.a. Greuelbilder und Strafen (junge Welt)

¹¹ John J. Mearsheimer, [The Causes and Consequences of the Ukraine War](#), The National Interest, 23.6.2022, dt. Zusammenfassung: [Mearsheimers zum Ukraine-Konflikt: "USA und ihre Verbündeten hauptsächlich für dieses Unglück verantwortlich"](#), Telepolis, 03. Juli 2022

¹² [Putin droht im Ukraine-Konflikt mit "militärisch-technischen" Maßnahmen](#), STERN.de, 21.12.2021

sie zurück, auch gut, dann machen wir einfach weiter.¹³ [[Oder wie Prof. John R. Deni vom „Institut für strategische Studien“ des U.S. Army War College’s am 22. Dezember 2021 in seinem Wall-Street-Journal-Artikel „[The Strategic Case for Risking War in Ukraine](#)“ ausführte: „Eine Invasion wäre ein diplomatischer, wirtschaftlicher und militärischer Fehler seitens Putin. Soll er ihn doch machen.“]]

„Die USA lieben die Eskalation von Konflikten“ so der prominente Topökonom Jeffrey Sachs. „Die US-Regierung will die Gelegenheit nutzen und Russland in die Knie zwingen.“ Sie seien zu einem jahrelangen Krieg bereit und würden viele Tote in der Ukraine dafür in Kauf nehmen.¹⁴

Neue Blockbildung

Tatsächlich brachte der russische Einmarsch die einheitliche Front des Westens gegen Russland, die Washington seit langem anstrebt. Auch formal neutrale europäische Länder, wie die Schweiz und Österreich beteiligen sich an den Wirtschaftsblockaden. Die Regierungen Finnlands und Schwedens nutzen die Hysterie, um auch offiziell Mitglied der NATO zu werden.

Die außenpolitische Isolierung Russlands ist jedoch gescheitert. Eine klare Mehrheit aller Staaten verurteilte zwar den russischen Einmarsch in der UN-Vollversammlung, sieht diesen Krieg jedoch nur als einen weiteren, neben den vielen, die vom Westen oder mit dessen Unterstützung geführt werden. In seinem aggressiven Vorgehen gegen Russland ist der Westen weitgehend isoliert. Außer den USA, Kanada, Japan und den 27 EU-Staaten beteiligen sich nur noch sechs weitere Länder an den Wirtschaftsblockaden.¹⁵

Stattdessen kristallisiert sich eine neue Blockbildung heraus. Die vom Westen zum Feind erklärten Länder, wie Russland, China, Iran, Kuba und Venezuela rücken enger zusammen und parallel dazu entsteht ein weiterer bedeutender Block von Staaten – von Indien über die Golfstaaten und Südafrika bis Brasilien und Mexiko – die dem Westen die Gefolgschaft verweigern. Diese Länder kritisieren mit Verweis auf die US- und NATO-Kriege, die westliche Doppelmoral, prangern den Missbrauch des internationalen Finanzsystems durch die USA zur Erpressung anderer Staaten an und haben größtes Interesse ihre Abhängigkeit davon und vom Dollar zu verringern – naheliegender Weise gemeinsam mit China und Russland. Ungeachtet der großen Differenzen die zwischen ihnen liegen, sind sie sich darin einig, dass die seit Jahrhunderten währende westliche Dominanz endlich enden und durch eine multipolare Weltordnung ersetzt werden muss. Sie führen daher ihre Zusammenarbeit mit Russland nicht nur fort, sondern intensivieren sie sogar noch.

Gleichzeit entwickeln sich die Wirtschaft- und Finanzblockaden gegen Russland offensichtlich für das westliche Europa zum Bumerang. Russland erzielt aufgrund der gestiegenen Preise für Öl und Gas trotz geringeren Exportmengen höhere Einnahmen als zuvor und konnte die negativen Auswirkungen auf Währung und Wirtschaft bisher in Grenzen halten. Viele sehen durch die durch die Boykotte geschaffenen Anreize für die russische Wirtschaft zur Eigen-

¹³ French Jesuit economist Gaël Giraud “... *the war has been in preparation since 2014 by those who want to use this war to overthrow Putin and bring Russia to its knees, even at the cost of turning Ukraine into a new Vietnam, leading it toward total destruction.*”, [Ukraine war: Jesuit economist invokes negotiations "or it will be total destruction"](#), Vatican News, 05.7.2022

¹⁴ [Top-Ökonom Jeffrey Sachs: „Die USA würden jahrelangen Krieg tolerieren. Sie würden viele Tote in Kauf nehmen“](#), WELT, 01.04.2022

¹⁵ Jörg Goldberg, [Globalisierung als Wirtschaftskrieg - Die Sanktionen gegen Russland befördern die Fragmentierung der Weltökonomie](#), junge Welt, 05.07.2022

produktion auch eine Chance für ihre Entwicklung (Überwindung der „Holländischen Krankheit“).

Gleichzeitig leidet die Wirtschaft der anderen europäischen Staaten immer stärker unter den Embargomaßen. Die Preise explodieren, vor allem für Energie, aber auch für Nahrungsmittel und viele andere Produkte. Die Bundesregierung rief schon den Alarmstufe im Notfallplan Gas aus und stimmt auf Entbehrungen und eine Talfahrt der Wirtschaft ein. Die Warnungen davor, dass im Winter viele Wohnungen kalt bleiben werden, Produktionsanlagen heruntergefahren und Angestellte entlassen werden müssen, werden immer dramatischer. Habeck warnt sogar vor einem „politischem Albtraum-Szenario“ sollten die Gasmengen aus Russland weiterhin unter den von Berlin noch vorgesehenen bleiben. Die Regierung gibt natürlich „Putin“ die Schuld und redet von Erpressung. Dabei könnte über die neue Pipeline Nordstream II sofort zusätzliches und kostengünstiges Erdgas in die deutschen Speicher strömen. Und Kanzler Scholz hat selbst in seinem Gastbeitrag für die FAZ vor kurzem damit geprahlt, dass Deutschland den Anteil russischen Gases im Frühjahr schon von 55 auf 30 % fast halbiert habe und dass wir auf gutem Weg seien, den Import russischen Öls bis Ende des Jahres auf 0 zu senken.

Im Bestreben sich wirtschaftlich völlig von Russland abzukoppeln, beendet man eine Energiepartnerschaft die immerhin ein halbes Jahrhundert Bestand hatte, seit sowjetischen Zeiten, ungeachtet der heftigen Konflikte während des Kalten Krieges, man denke nur an Mauerbau, Ungarn-Aufstand oder den Einmarsch des Warschauer Paktes in Prag. Die ehem. Bundestags-Vizepräsidentin Antje Vollmer wies einem Artikel kürzlich darauf hin, das damals ungeachtet all dieser Streitpunkte, der Grundstein für die Entspannungspolitik gelegt wurde und bezeichnete die aktuelle Politik, die maßgeblich von ihrer Partei, den Grünen, vorangetrieben wird, als „eine Wirtschaftspolitik der verbrannten Erde“.¹⁶

Die westliche Boykottpolitik, mit dem erklärten Ziel „Russland zu ruinieren“, ist nicht nur absolut rücksichtslos gegenüber der eigenen Bevölkerung, vor allem der ärmeren, sondern auch gegenüber dem Rest der Welt, wo sie Versorgungsmängel bei Energie, Nahrungs- und Düngemitteln verschärft. In Afrika zeichnen sich schon jetzt gewaltige Hungerkatastrophen ab. .. Zudem saugt Europa auch noch auf der Jagd nach Ersatz für russisches Gas rücksichtslos die Märkte von Flüssiggas leer, auf das viele Länder in Afrika und Asien – abseits von Pipeline-Netzen – völlig angewiesen sind. Tatsächlich werden der Krieg in der Ukraine, der längst zum Stellvertreterkrieg zwischen NATO und Russland wurde und der Wirtschaftskrieg nicht nur auf dem Rücken der UkrainerInnen und übrigen Europäer geführt sondern der ganzen Welt.

Er richtet sich zudem auch gegen Umwelt und Klima, Kohlekraftwerke wieder angeworfen, das Fracking Gas aus den USA und das Flüssiggas aus Katar erhöhen den ökologischen Fußabdruck. [Wenn die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen die hektischen Bemühungen, Ersatz für russische Energieträger zu organisieren damit begründet, dass „wir die Welt von morgen gemeinsam mit Partnern gestalten“ wollen, „die unsere Vorstellungen teilen“, so zählen Musterdemokratien wie Katar, Saudi Arabien und Ägypten anscheinend dazu.¹⁷]

¹⁶ Antje Vollmer, [Zweifel an der Sanktionspolitik gegen Russland: Wo sind die Realos geblieben?](#) Die Verluste sind unschätzbar und haben mindestens zehn Jahre Chaos und Wirtschaftskrisen zur Folge. Warum tut der Westen sich das an?, Berliner Zeitung, 14.7.2022

¹⁷ [Energiekrieg - Die Sieger stehen schon fest von Mathias Reymond und Pierre Rimbart](#), LMDipl, 09.06.2022

Wege aus dem Krieg

Lösungsansätze

Angesichts all dessen ist rasches Umsteuern offensichtlich dringend nötig. Wenn man die Kriegsgründe, den Hintergrund des Konflikts betrachtet, so liegen die Ansätze dafür, wie man über Verhandlungen zu einem Waffenstillstand und einer politischen Lösung in der Ukraine kommen könnte, auch auf der Hand.

Es fehlt auch nicht an ausgearbeiteten Vorschlägen, wie ein Verhandlungsprozess aussehen könnte, u.a. auch von der italienischen Regierung. Am ausgereiftesten erscheinen die Vorschläge einer internationalen Arbeitsgruppe um den US-amerikanischen Ökonomen Jeffrey Sachs und Romano Prodi, die sich im Juni auf Einladung des Vatikans zusammenfand. Die Autoren gehen in einem Anhang auch ausführlich auf die gängigen Vorbehalte ein. Ein Überblick gibt die von der IPPNW zusammengestellte Sammlung bestehender Vorschläge auf Büchertisch.¹⁸

Die Vorschläge stimmen im Kern auch weitgehend überein. So bitter dies nun angesichts der russischen Invasion auch sein mag – an einem Verzicht Kiews auf Nato-Beitritt und der Zusage einer strikten Neutralität der Ukraine, führt ihnen zufolge kein Weg vorbei. Ein dramatischer Schritt wäre das nicht. Schließlich war diese zwischen 1991 und 2014 in der ukrainischen Verfassung verankert. Viele sehen darin ohnehin eher Vor- als Nachteile für die Ukraine. Schließlich ermöglicht Neutralität kleinen Staaten, profitable Brücken zwischen mächtigen Staaten und Blöcken zu bauen und hilft ihnen auch ihre Unabhängigkeit zu wahren. Daher kann, wer wirklich für die Unabhängigkeit und Einheit der Ukraine ist, auch nicht wollen, dass sie ein Anhängsel von EU und NATO bleibt und „das Endergebnis“ so der prominente slowenische Philosoph Slavoj Žižek, „eine neoliberale Kolonisierung sein wird“.¹⁹ An sich war eine neutrale Ukraine von jeher im Interesse aller, die Frieden in Europa anstreben.

Außerdem beinhalten alle Vorschläge, dass vorbehaltlos über den künftigen Status der Krim, des Donbass und weiterer mehrheitlich russisch-sprachiger Gebiete, die nun von Russland besetzt sind, verhandelt werden müsse.

Bei den Friedensverhandlungen im März lagen diesbzgl. Verhandlungsangebote Kiews schon auf dem Tisch und es hat, wie sowohl die türkischen Vermittler als auch die russische und ukrainische Unterhändler damals erklärten, auch Fortschritte in den Verhandlungen darüber gegeben.

Moskau hatte die Unterzeichnung eines „umfassenden Abkommens“ verlangt, das seine Forderungen nach einer Neutralität und Demilitarisierung der Ukraine berücksichtigt sowie die Anerkennung einer russischen Souveränität über die Krim und der Unabhängigkeit der beiden „Donbass-Republiken“. Die ukrainische Regierung zeigte sich in einem 10-Punkte-Vorschlag, den sie in Ankara vorlegte, bereit, eine strikte Neutralität der Ukraine, gegen weitreichende Sicherheitszusagen von Drittstaaten vertraglich zuzusichern. Der ukrainische Präsident hatte

¹⁸ Jeffrey Sachs, Romano Prodi et al., [Keine Angst vor Friedensverhandlungen](#) „Die Trommelschläge des Kriegs müssen Worten des Friedens weichen“, Karenina, 20.06.2022,

Gerald Oberansmayr, [Ukraine: Frieden, Souveränität und Einheit durch Neutralität - der italienische Friedensplan](#), Solidarwerkstatt Österreich, Juni 2022

s.a. [Waffenstillstand und Frieden für die Ukraine](#) – Eine Sammlung bestehender Vorschläge und möglicher Schritte, den Krieg in der Ukraine durch Diplomatie statt durch Waffen zu beenden

¹⁹ [Slavoj Žižek über die Ukraine: Kolonialisierung durch den Westen in vollem Gange](#), BerlZ, 29.08.2022

zudem die Bereitschaft Kiews erklärt, über Referenden auf der Krim im Donbass zu verhandeln.²⁰

Zu den Garantiemächten, die die Sicherheit und territoriale Integrität garantieren müssten, sollten Russland, Großbritannien, China, USA, Frankreich, Türkei, Deutschland, Kanada, Italien, Polen und Israel gehören. Wobei die Krim und „bestimmte Gebiete des Donbass“ von diesen internationalen Sicherheitsgarantien ausgenommen bleiben sollten. Zudem würde die Ukraine sich verpflichten, keinem Militärbündnis beizutreten, kein ausländisches Militär auf seinem Gebiet zuzulassen und internationale Militärmanöver nur mit Zustimmung der Garantenstaaten durchzuführen.

Würde Kiew an dieser Position wieder anknüpfen, müsste in Verhandlungen im Kern nur noch geklärt werden, welche Verpflichtungen das Land mit einer Neutralität eingehen und weit die Sicherheitsgarantien der Garantiemächte gehen sollten – die Vorschläge orientieren sich meist am Vorbild der bewaffneten Neutralität der Schweiz.

Wesentlich schwieriger ist natürlich die Frage, der von Russland kontrollierten Gebiete. Dass Moskau sich bereit zeigen könnte, über eine Rückgabe der Krim zu verhandeln, halten alle Experten mit einem gewissen Realitätssinn für ausgeschlossen. – Dazu ist die Halbinsel zu wichtig, liegt hier doch die russische Schwarzmeerflotte und kann die Zugehörigkeit zu Russland über Sprache, Mehrheitswillen und Geschichte gut begründet werden.

Da der Anschluss an Russland unstrittig dem Willen der Mehrheit der Krimbevölkerung entspricht, könnte eine Rückkehr ohnehin sehr wahrscheinlich nur mit Gewalt, gegen deren erbiterten Widerstand durchgesetzt werden, d.h. um den Preis eines neuen Bürgerkrieges. Ich halte das daher aus friedenspolitischer und menschenrechtlicher Sicht nicht mehr für erstrebenswert. [[Selbst führende Vertreter des Außenpolitischen Establishments der USA, wie Henry Kissinger, raten Kiew mittlerweile die Abspaltung der Krim zu akzeptieren.²¹]]

Um dennoch Verhandlungen in Gang zu bringen, schlägt die Vatikan-Arbeitsgruppe um Jeffrey Sachs vor, Moskau die De-facto-Kontrolle der Krim für einen Zeitraum von mehreren Jahren zu gewähren, um ihn dieser Zeit eine dauerhafte mit dem Völkerrecht vereinbare Lösung aushandeln zu können. Diese sollte dann u.a. einen leichten Zugang der Krimbevölkerung sowohl zur Ukraine als auch zu Russland ermöglichen und das gleiche auch umgekehrt. Auch freien Handel und Zahlungsverkehr untereinander sowie die Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte müsste dabei gesichert werden.

Das Schwierigste werden natürlich die Verhandlungen über den zukünftigen Status der Donbass-Republiken und anderer mehrheitlich russisch-sprachiger Gebiete und den damit verbundenen Rückzug russischer Truppen. Die Rede ist oft von einer Reaktivierung von Minsk II oder einem neuen Minsk III

Eine Lösung könnte eine sehr weitgehende Autonomie innerhalb der Ukraine sein, mit eigenen Sicherheitskräften und Russland als offizieller Schutzmacht, ähnlich wie Österreich für Südtirol. Auch Grönland wird als mögliches Beispiel genannt. Diese gehört nach wie vor de jure zu Dänemark, steht aber seit 2009 unter völliger Selbstverwaltung, mit eigener Regierung

²⁰ [Der 10-Punkte-Plan der Ukraine](#) – Die Istanbuler Vorschläge der Ukraine an die russische Führung, Meduza, 29.3.2022

²¹ Siehe z.B. [Henry Kissinger: Ukraine must give Russia](#), The Telegraph, 23.5.2022 oder der erwähnte Charles Kupchan in [Ukraine's Way Out](#). The Atlantic, 18.5.2022, sowie zusammen mit Stephen Twitty, ehem. stellvertretender Befehlshaber des U.S.-European Command in Stuttgart, in einer Expertenrunde des Council on Foreign Relations, [Russia's War in Ukraine: How Does it End?](#), 31.5.2022

und eigener Gesetzgebung, sowie auch einen grönländischen Außenminister. Wobei in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik allerdings Kopenhagen führend ist.²²

[Aber auch eine Unabhängigkeit wird von ernstzunehmenden Stimmen, wie dem jesuitischen Ökonom Gaël Giraud, vorgeschlagen, sofern Referenden eine eindeutige Mehrheit dafür in den betreffenden Provinzen ergeben.²³]

Als weitere wichtige Punkte für Vereinbarungen in gegenseitigem Interesse werden auch ein garantierter wirtschaftlicher Zugang sowohl der Ukraine als auch Russlands zu den Schwarzmeerhäfen beider Länder genannt.

In der Frage von Kompromisslösungen sind allerdings nicht nur Russland und die Ukraine gefordert. Da die wesentlichen Ursachen des Krieges im Konflikt der USA und ihrer NATO-Verbündeter mit Russland liegen, und die Ukraine völlig von ihnen abhängig ist, ist ihre Haltung ausschlaggebend.

Ob am Ende die Autonomie der fraglichen Provinzen und ein vollständiger Abzug russischer Truppen stehen wird oder ihre Abspaltung, wird sehr stark auch von möglichen Zugeständnissen der NATO bzgl. berechtigter Sicherheitsinteressen Russlands abhängen. Der italienische Friedensplan sieht vernünftiger Weise auch ein multilaterales Abkommen über Frieden und Sicherheit in ganz Europa vor, das Abrüstung und Rüstungskontrolle, gegenseitige Sicherheitsgarantien, Konfliktprävention enthalten sollte.

An vernünftigen Vorschlägen fehlt es offenbar nicht, welche sich später durchsetzen oder ob ganz andere Lösungen gefunden werden ist erstmal zweitrangig.

Vorrangig ist, durch substantielle Verhandlungsangebote den Prozess überhaupt anzustoßen und so rasch zu einem Waffenstillstand zu kommen, der Zeit für Verhandlungen schafft, die sicher lange dauern werden. Zeit ohne weiteres Blutvergießen. Folgerichtig sehen die italienischen Vorschläge als erstes Vereinbarungen über lokale Kampfpausen vor, danach über einen dauerhaften Waffenstillstand und Entmilitarisierung der Frontlinie.²⁴ Waffenstillstand und Verhandlungsfortschritte müssten mit der Aufhebung westlicher Embargomaßnahmen einhergehen.

Westliche Blockade, Setzen auf „Sieg“

Doch hat man im Westen offensichtlich an substantiellen Verhandlungen kein Interesse. Die italienischen Vorschläge wurden von den Partnern in der EU und der NATO völlig ignoriert. Dabei lag bei den Verhandlungen in Ankara im März, wie schon gesagt, das, was Moskau verlangte und das, worüber Kiew sich bereit erklärt hatte, zu reden, schon nahe beieinander. Doch Washington und London blockierten diese Verhandlungen regeleht.²⁵ Sie drängten Kiew offen, keinerlei Kompromisse einzugehen und verstärkten gleichzeitig ihre militärische Unterstützung. Auch die EU arbeitete faktisch gegen eine rasche Verständigung. Als der ukrainische Präsidenten Selenskij im März sich bereit erklärte, mit Russland über eine Neutralität zu verhandeln, begannen auch die EU-Staaten die Ukraine mit Waffen vollzupumpen. Die

²² Lutz Herden, [Ukraine-Krieg: Früher oder später wird es Friedensverhandlungen geben](#), der Freitag, 16.06.2022

²³ [Ukraine war: Jesuit economist invokes negotiations "or it will be total destruction"](#), Vatican News, 05.7.2022

²⁴ [Italien legt Friedensplan für Ukraine vor](#), Tagesspiegel, 21.05.2022

²⁵ s. Überblick von Sevim Dagdelen, [Wie ein Verhandlungsfrieden im Ukraine-Krieg torpediert wird](#), NachDenkSeiten, 16.5.2022

Verhandlungen kamen zum Erliegen. Aber selbst wenn die ukrainische Regierung wollte, ohne aktive Unterstützung des Westens ist ihr innenpolitischer Spielraum gegenüber den dominierenden rechtsextremen Kräften gering. Sie bedrohen offen jeden mit dem Tod, der sich zu Zugeständnissen bereit erklärt.²⁶

Statt auf Verhandlungslösung setzt man im Westen mehrheitlich auf „Sieg“ und „die Ruinierung Russlands“. Begründet wird dies u.a. damit, dass man mit Putin jetzt nicht mehr verhandeln könne, angesichts Brutalität des Krieg, den Kriegsverbrechen die den russischen Truppen vorgeworfen wird

[Nun muss man natürlich bei Kriegsberichten vorsichtig sein. Wie in jedem Krieg wird die Berichterstattung von Propaganda dominiert – auf allen Seiten. Verifizieren lassen sich die meisten Berichte über Gräueltaten nicht, wirklich glaubwürdige, unabhängige Untersuchungen blieben auch in der Ukraine bisher aus. Vorsicht ist da mitten im Krieg immer angesagt, da mit Vorwürfen und passenden Bildern dazu Stimmung gemacht wird für eskalierende Schritte, z.B. noch mehr und noch schwerere Waffen oder gar ein direkteres Eingreifen und gegen Bemühungen den Krieg über Verhandlungen zu stoppen.

Ich mache mir natürlich nichts vor. Gräueltaten werden mit Sicherheit begangen, von beiden Seiten – das gehört zum Wesen eines Krieges. Der einzige Weg sie zu verhindern ist, alles zu tun, um die Kampfhandlungen so schnell wie möglich zu stoppen.]

Wer jedoch behauptet, der russische Krieg sei besonders brutal und verbrecherisch, der sei an die noch wesentlich verheerenderen Kriege gegen Vietnam, Irak oder Libyen erinnert. Vor dem kurzem kamen in einem Film über die Lügen vor Irakkrieg wieder einmal Bilder von dessen Beginn, die zeigen wie durch ein flächendeckendes Bombardement weite Teile Bagdads in ein Flammeninferno getaucht wurden. Anderen Großstädten wie Mossul oder Basra erging es ähnlich. Ganz so verheerend ist der Krieg in der Ukraine gottseidank nicht – noch nicht, muss man vielleicht sagen. Gemäß einem durchgestochenen Bericht aus dem Pentagon haben die USA im Irak schon am ersten Tag weit mehr Bomben und Raketen abgeworfen als die russische Armee in den ersten 24 Tagen, dem Zeitpunkt des Berichts.

Ich will keineswegs verharmlosen, z.B. die Verwüstung Mariupols. Es geht darum zu zeigen, dass Kriegsgräueltaten keinen Grund sein können Verhandlungen zu verweigern. Wer sie verhindern will, muss alles tun um den Krieg zu stoppen. Bei Friedensverhandlungen saßen schon immer Feinde gegenüber, die der anderen Seite Tod und Zerstörung brachten.

Ein weiterer Einwand gegen Verhandlungen ist, dass man keine Zugeständnisse machen will, da Moskau dadurch ja belohnt würde, man wolle keine „Diktatfrieden“ tönt es aus Berlin . Daher, soll – so die Marschroute der westlichen Regierung – die ukrainische Armee soweit aufgerüstet werden, dass sie mit militärischen Erfolgen zumindest eine bessere Verhandlungsposition erkämpfen könne. Die Falken in den Hauptstädten reden sogar vom Kampf bis zum Sieg.

Militärexperten halten dies für völlig illusorisch. Sie räumen den ukrainischen Truppen keinerlei Chancen ein, die russischen zurückzuschlagen. Im Gegenteil: Ex-General Erich Vad, der milit. Berater von Angela Merkel, z.B. geht davon aus, dass die Russen ihr hauptsächliches Kriegsziel mit der Besetzung des ganzen Donbass und der russischsprachigen Gebiete im

²⁶ Im Mai 2019 drohte Dmytro Jarosch, Chef der Miliz „Rechter Sektor“ und Berater des Oberbefehlshabers der Armee, Selenskij im ukrainischen Medium Obozrewatel offen mit dem Tod, falls er sich mit Russland einigt. Wörtlich ([Jarosch: Wenn Zelensky die Ukraine verrät, wird er nicht sein Amt, sondern sein Leben verlieren](#), Obozrewatel, 27.05.2019, s.a. [Zelensky And The Fascists: "He will hang on some tree on Khreshchatyk"](#), Moon od Alabama, 5.3.2022)

Süden bald erreicht haben, anschließend vielleicht sogar noch Odessa ins Visier nehmen.²⁷ Andere, die darauf bauen, dass das Kräfteverhältnis durch die militärische Unterstützung für Kiew günstiger werden könne, rechnen, dass sich eine Pattsituation entwickelt und der Krieg in „eingefrorenen Konflikt“ übergehe.

Letztlich baut man auch in Washington und anderen westl. Hauptstädten nicht auf einen wirklichen Sieg. Man hofft hier, dass die ukrainischen Truppen vielleicht mit einem langen Zermübungskrieg Erfolg haben, zumindest Russland in einem langjährigen Guerillakrieg stark schwächen könnte. In Washington verweist man daher gerne auf Afghanistan. Diese Pläne sind absolut zynisch und menschenverachtend. Sie würden für die Ukraine ungeheure Opfer und Verwüstungen bedeuten – und die Eskalation zu einem Nuklearkrieg hinge stets in der Luft.

Ich glaube auch nicht, dass die Mehrheit der UkrainerInnen tatsächlich einen Krieg führen will, gar einen längeren, für die Option einer NATO-Mitgliedschaft oder die Rückeroberung der Krim – sie werden aber nicht gefragt und die Opposition ist ausgeschaltet.

Selbstverständlich verletzt es das Gerechtigkeitsgefühl, kriegerischer Gewalt nachzugeben. Man muss aber, wie u.a. Ex-General Vad immer wieder betont, jeden Konflikt vom Ende her denken: Wenn wir den Dritten Weltkrieg nicht wollen, so Vad, müssen wir früher oder später aus dieser militärischen Eskalationslogik raus und Verhandlungen aufnehmen.

Er warnt zudem auch davor, den russischen Präsidenten Wladimir Putin als krankhaften Despoten abzustempeln, mit dem man nicht mehr reden könne. So völkerrechtswidrig und furchtbar der Ukraine-Krieg sei, er stehe doch in einer Kette vergleichbarer Kriege jüngerer Datums. Irak, Syrien, Libyen, Afghanistan – so neu sei das alles nicht.²⁸

Wer ernsthaft verhandeln will muss von der Realität ausgehen, den wirklichen Interessen der Beteiligten und dem realen Kräfteverhältnis. Auch mit weiteren Embargomaßnahmen wird man Moskau nicht zwingen können, seine Truppen zurückzuziehen. Wer das konträr zu jeglicher Konfliktlösungslogik zur Vorbedingung für Verhandlungen macht, will nicht verhandeln. Die Führung der Atommacht Russland hat die erwartbaren enormen Kosten des Einmarschs nicht in Kauf genommen, um das Erreichte, ohne substantielle Zugeständnisse preiszugeben, in einem Konflikt, bei dem es ihrer Sicht nach um existenzielle Interessen geht.

Die Konfrontation mit dieser Realität mag schmerzhaft sein, so die Redaktionskommission (Editorial Board) der New York Times einem viel beachteten Leitartikel (vom 19. Mai) aber das sei die Pflicht der Regierungen, und nicht einem illusorischen ‚Sieg‘ hinterherzujagen. Sie empfahl den USA und ihren Verbündeten für erfolversprechende Verhandlungen der ukrainischen Regierung die Grenzen ihrer Unterstützung aufzuzeigen und sie zu einer realistischen Einschätzung ihrer Mittel zu drängen.

Und schließlich muss der Westen, so betonen realistisch denkende Experten und Politiker wie Prof. Charles Kupchan vom einflussreichen US-amerikanischen Council on Foreign Relations, beginnen, über den Krieg hinaus schauen, um eine Beziehung zu Russland zu retten, die die Tür für ein Mindestmaß an Zusammenarbeit offen hält.²⁹ In einer massiv voneinander abhängigen und globalisierten Welt wird ein solches Maß an pragmatischer Zusammenarbeit mit Moskau zwingend nötig bleiben, um gemeinsame Herausforderungen zu bewältigen, wie die Eindämmung des Klimawandels, die Beseitigung des Hungers in der Welt und die Förde-

²⁷ [Krieg in der Ukraine »Wir müssen verhandeln, so schwer es fällt«](#) – Interview mit Erich Vad, Publik-Forum, 20.07.2022

²⁸ [Ukraine-Krieg: Ex-Merkel-Berater Vad warnt vor Lieferung von schweren Waffen](#), Stern, 12.04.2022

²⁹ Charles A. Kupchan, [Negotiating to End the Ukraine War Isn't Appeasement](#), Politico, 15.6. 2022

rung der globalen Gesundheit sowie nicht zuletzt auch wie Rüstungskontrolle und Abrüstungsschritte, insbes. im Bereich von Atomwaffen.

Wie praktische sinnvolle Verhandlungen aussehen könnten, welche Schritte für Einleitung unternommen werden müssten, wer Vermittler sein könnte, können wir noch diskutieren – wichtig ist, dass wir uns dafür einsetzen, dass sich unsere Regierung ernsthaft darauf hinarbeitet und nicht den Krieg weiter mit Waffenlieferungen anheizt sowie mit ihren Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockaden weltweit die Versorgung mit Energie und Lebensmittel sowie sogar Wirtschaftsstabilität beeinträchtigt.

Gemeinsam mit anderen EU-Regierungen, vor allem mit Frankreich und Italien könnten sie durchaus einen erfolgversprechenden Prozess in Gang setzen. Auch wenn sie damit offen in Konflikt mit Washington geraten würden, die Unterstützung vieler Länder außerhalb Europas wäre ihnen sicher.

Wie die Außenministerin Südafrikas, Naledi Pandor, in einem [bemerkenswerten ZDF-Interview](#) erläuterte, sieht die restliche Welt den Westen in der Verantwortung, eine politische Lösung zu finden und erwartet, dass die mächtigen politischen Führer des Westens und natürlich auch Russlands und dessen Verbündeten dazu fähig sind
„Wir sind entsetzt zu sehen, dass in diesem Konflikt, wo Tausende ihr Leben verlieren, wo Infrastruktur zerstört wird, die Verantwortlichen nicht in der Lage sind zu tun, was Südafrika getan hat: Wir haben uns an den Tisch gesetzt, verhandelt und eine Lösung gefunden.“